

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Maget, Franz Schindler, Annette Karl, Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Keine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Zusammenhang mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie eingeleitete Initiative zur Änderung von § 3 des Informationsfreiheitsgesetzes vom 05.09.2005 mit dem Ziel, das Recht auf Auskunft und Akteneinsicht bei Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen wie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzuschränken, zu stoppen bzw. zurückzunehmen.